Appell „Für eine atomwaffenfreie Welt“

Atomwaffen stellen uns heute vor enorme Gefahren, aber auch vor eine historische Chance. Die US-Regierung ist gefordert, die Welt einen entscheidenden Schritt voranzubringen - zu einem haltbaren Konsens darüber, weltweit die Abhängigkeit von Atomwaffen aufzugeben, um damit entscheidend dazu beizutragen, dass sie nicht in die falschen Hände geraten, und sie letztendlich als globale Bedrohung auszuschalten.

Als Abschreckungsmittel trugen Atomwaffen während des Kalten Krieges wesentlich dazu bei, die internationale Sicherheit zu gewährleisten. Mit Ende des Kalten Krieges wurde die Doktrin der gegenseitigen sowjetisch-amerikanischen Abschreckung obsolet. Abschreckung ist zwar weiterhin für viele Länder, die sich von anderen bedroht sehen, ein wesentlicher Faktor, aber dabei auf Atomwaffen zu setzen, wird zunehmend riskanter und wirkungsloser.

Nordkoreas kürzlich erfolgter Atomtest und die Weigerung des Iran, sein Programm zur Anreicherung von Uran einzustellen, werfen ein Schlaglicht auf die Tatsache, dass sich die Welt am Abgrund zu einem neuen, gefährlichen Nuklearzeitalter befindet. Höchst beunruhigend ist dabei die wachsende Wahrscheinlichkeit, dass von Staaten unabhängige Terroristen Atomwaffen in die Hände bekommen. Für jene Terroristen, die der gegenwärtigen Weltordnung den Krieg erklärt haben, bieten sich Atomwaffen als das ultimative Massenvernichtungsmittel an. Hinzu kommt, dass staatlich ungebundene Terrorgruppen, die im Besitz von Atomwaffen sind, sich von einer Strategie der Abschreckung nicht beeindrucken lassen und somit neue und besondere Herausforderungen für die Sicherheit darstellen.

Wenn nicht schnellstmöglich gehandelt wird, werden sich die USA ungeachtet der terroristischen Bedrohung bald gezwungen sehen, in ein neues Nuklearzeitalter einzutreten, das riskanter, psychisch belastender und noch kostspieliger wird als die Abschreckung während des Kalten Krieges. Es ist äußerst fraglich, ob wir die alte sowjetisch-amerikanische Strategie der "gesicherten gegenseitigen Zerstörung" bei immer mehr potenziell atomar bewaffneten Feinden weltweit erfolgreich reproduzieren können, ohne das Risiko eines tatsächlichen Einsatzes von Atomwaffen dramatisch zu erhöhen. Die neuen Atomwaffenmächte verfügen nicht wie wir über ein während des Kalten Krieges über Jahre gewachsenes, abgestuftes Sicherheitssystem zur Verhinderung von Unfällen, Fehleinschätzungen und unautorisierten Raketenabschüssen. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion haben sorgfältig darauf geachtet, dass während des Kalten Krieges weder absichtlich noch versehentlich Atomwaffen eingesetzt wurden. Werden die neuen Atommächte und die Welt in den kommenden 50 Jahren genauso viel Glück haben wie wir während des Kalten Krieges?

Bereits in der Vergangenheit wurde diese Frage von führenden Politikern thematisiert. In seiner Rede "Atome für den Frieden" vor den Vereinten Nationen bekräftigte Dwight D. Eisenhower 1953 Amerikas "Entschlossenheit, an der Lösung des schrecklichen atomaren Dilemmas mitzuwirken, mit ganzem Herzen und Verstand an der Ausarbeitung eines Weges mitzuarbeiten, dass die wunderbare Erfindungsgabe des Menschen nicht dem Tod, sondern dem Leben gewidmet wird". Und um Bewegung in die festgefahrenen Abrüstungsverhandlungen zu bringen, sagte John F. Kennedy: "Die Welt ist nicht als Gefängnis gedacht, in dem die Menschheit auf ihre Hinrichtung wartet."

Rajiv Gandhi appellierte am 9. Juni 1988 an die UN-Generalversammlung: "Ein Atomkrieg bedeutet nicht nur den Tod von 100 Millionen Menschen. Oder sogar einer Milliarde. Er hätte die Auslöschung von über vier Milliarden Menschen zur Folge: das Ende des Lebens, wie wir es auf dem Planeten Erde kennen. Wir treten vor die Vereinten Nationen, um Sie um Unterstützung zu bitten. Wir ersuchen um Ihre Unterstützung bei der Beendigung dieses Wahnsinns."

Ronald Reagan forderte die Abschaffung "aller Nuklearwaffen", bezeichnete sie als "völlig irrational und unmenschlich, zu nichts nütze außer zum Töten, mit dem Potenzial, die menschliche Zivilisation und das Leben auf der Erde zu vernichten". Michail Gorbatschow teilte diese Vision, die vor Reagan bereits von anderen US-Präsidenten geäußert worden war.

Obwohl Reagan und Gorbatschow sich in Reykjavik nicht auf ein Abkommen zur Abschaffung aller Atomwaffen einigen konnten, gelang es ihnen, das Wettrüsten zu beenden und Schritte einzuleiten, die zu einer deutlichen Verringerung von atomaren Langstreckenraketen sowie zur Eliminierung einer Gattung bedrohlicher Waffen - der Mittelstreckenraketen - führten.

Was ist nötig, um die gemeinsame Vision Reagans und Gorbatschows wieder aufleben zu lassen? Lässt sich weltweit Einigkeit über eine Reihe praktischer Schritte erreichen, die zu einer erheblichen Verringerung der atomaren Gefahr führen würden? Es ist dringend erforderlich, der Herausforderung zu begegnen, die sich aus diesen beiden Fragen ergibt.

Der Atomwaffensperrvertrag hat zum Ziel, alle Atomwaffen abzuschaffen. Er schreibt vor, (a) dass Länder, die im Jahr 1967 nicht über Atomwaffen verfügten, zustimmten, auch in Zukunft keine zu erlangen, und (b) dass Länder, die zu diesem Zeitpunkt im Besitz von Atomwaffen waren, zustimmten, sich ihrer nach und nach zu entledigen. Seit Richard Nixon hat jeder US-Präsident, egal ob Republikaner oder Demokrat, diese Vertragsverpflichtung bekräftigt, aber die Nicht-Atomwaffenstaaten bezweifeln zunehmend die Aufrichtigkeit der Atomwaffenmächte.

Autoren:

Henry A. Kissinger, Präsident der Beraterfirma Kissinger Associates, war unter Richard Nixon und Gerald Ford von 1973 bis 1977 Außenminister.

Sam Nunn war früher Vorsitzender des Streitkräfteausschusses des US-Senats.

William J. Perry war in der Amtszeit von Bill Clinton von 1994 bis 1997 Verteidigungsminister.

George P. Shultz ist Fellow am Think Tank "Hoover Institution on War, Revolution and Peace" der Stanford University und war unter Ronald Reagan von 1982 bis 1989 Außenminister. Shultz organisierte mit anderen an der "Hoover Institution" eine Konferenz gegen die atomare Rüstung.

Der Aufruf, der am 4. Januar im Wall Street Journal erschien, wurde auch von anderen Intellektuellen unterstützt. Die Übersetzung aus dem Englischen besorgte im Auftrag der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) Frank Süßdorf. Sie erschien in der Frankfurter Rundschau am 12. Januar 2007.